

Mindestlohn

Bartsch für Übergangsfrist bei Kleinbetrieben

Für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns gebe es im Deutschen Bundestag eine „riesige Mehrheit“. Das erklärte Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE, in einem Streitgespräch mit IW-Direktor Michael Hüther, das heute im Wirtschaftsinformationsdienst iwD erscheint. Die Frage, ob ein Mindestlohn kommt, sei „politisch erledigt“. Die LINKE fordere einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde. Wenn es aber im „Bundestag einen Mindestlohn von 8,50 Euro geben würde, würde ich dem erst mal zustimmen“, so Bartsch. Der Politiker sprach sich allerdings für Übergangsregelungen für kleinere Betriebe aus, die den Mindestlohn nicht sofort zahlen könnten. Hüther sieht den Mindestlohn dagegen kritisch. Staatliche Lohnuntergrenzen passten nicht in das System der Tarifautonomie. Auch der Blick nach Frankreich mit seinen hohen Mindestlöhnen schrecke ab. Dort sei die Jugendarbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren von 17 auf 23 Prozent gestiegen.

Bei der Agenda 2010 hat die zweite Regierung Schröder laut Bartsch „viel, aber nicht alles falsch gemacht“. Als positiv bezeichnete er die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Allerdings sei auch die Aussage „im Kern richtig“, dass Hartz IV Armut per Gesetz ist.

Langfassung des Streitgesprächs auf www.iwkoeln.de. Eine Podiumsdiskussion zum Thema „10 Jahre Agenda 2010 – Fluch oder Segen?“ veranstaltet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln am 7. März 2013 in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt in Berlin.

Ansprechpartner im IW: **Dr. Knut Bergmann, Telefon 030 27877 – 110**

Zehn Jahre Agenda 2010

Michael Hüther und Dietmar Bartsch im Streitgespräch

Es debattierten der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch, und IW-Chef Michael Hüther. Die Gesprächsleitung hatte Knut Bergmann, Leiter des IW-Hauptstadtbüros.

Dietmar Bartsch zieht bei der Frage, was an der Agenda 2010 gut beziehungsweise schlecht war, einen weiten Bogen. „Histo-

risch gesehen ist es ja Fakt, dass Deutschland damals große Probleme hatte. Es gab einen Anstieg und eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit, auf dem Höhepunkt betrug die Massenarbeitslosigkeit fünf Millionen. Und es gab immer schlechtere Bedingungen für die Arbeitslosen, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukommen.“ Die zweite Regierung Schröder habe das gesehen und gehandelt, sagt Bartsch,

und dabei „viel, aber nicht alles falsch gemacht“. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe empfindet der Abgeordnete der LINKEN durchaus als positiv. „Diese Reform ist sicherlich sinnvoll gewesen, über das Niveau sage ich jetzt aber nichts.“

Bartsch räumt zudem ein, dass die nominelle Arbeitslosigkeit „relevant“ zurückgegangen sei, von fünf auf drei Millionen. Das Arbeitsvolumen aber sei faktisch nicht gestiegen. Und weil der Niedriglohnsektor ausgebaut wurde, sei die gesamte Lohnentwicklung alles andere als positiv verlaufen.

»Hartz IV ist Armut per Gesetz«

Gleichzeitig habe sich die Schere zwischen Arm und Reich geöffnet. Die Aussage, Hartz IV sei Armut per Gesetz, ist für Bartsch „im Kern richtig“.

IW-Chef Hüther stimmt Bartsch zu, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer konsistenten Grundsicherung für Arbeitssuchende überfällig war, weil man auf diese Weise auch Erwerbsfähige, die in der Sozialhilfe waren, in die Förderstruktur hinein-



Dr. Knut Bergmann, Leiter des Hauptstadtbüros des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (links), Dr. Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE (Mitte), Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln



© 2013 IW Medien - Jwd 9 - Foto: IW Köln

nehmen konnte. „Zuvor hatten die Kommunen meist das Ziel, Arbeitslose immer mal wieder so lange in Beschäftigung zu bringen, dass sie nicht dem kommunalen Sozialhaushalt zur Last fielen und man Geld sparen konnte.“

Die Wasserscheide für den Arbeitsmarkt sieht Hüther im Jahr 2005. „Seitdem steigen alle Erwerbsquoten an, die Jugendarbeitslosigkeit hat sich auf 8 Prozent halbiert, der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbspersonen sinkt nicht mehr, und der Niedriglohnsektor steigt nicht mehr an.“

Die flexiblen Erwerbsformen hätten zwar zugelegt, sagt Hüther, das habe aber nichts mit dem Niedriglohnsektor zu tun. „Wir stellen fest, dass das überwiegend Menschen sind, die vorher in der stillen Reserve, also außerhalb des Arbeitsmarktes, oder in der Arbeitslosigkeit waren.“ Dementsprechend seien nach wie vor rund 40 Prozent der Erwerbspersonen in einem unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjob tätig.

Besonders ermutigend findet es der IW-Direktor, dass die Beschäftigung mit 41,9 Millionen Personen ein Niveau erreicht hat, das man sich vor acht Jahren nicht vorstellen konnte. Und er findet es „hochspannend, dass eine angebotsseitige Reform tatsächlich Wirkung gezeigt hat“.

Bartsch dagegen will diese Erfolgsbilanz so nicht akzeptieren. „Die Anzahl der Vollzeitarbeitsplätze ist zwar nicht weiter gesunken, aber auch nicht gestiegen. Es ist zwar schon ein bisschen her, aber 1991 gab es 29 Millionen Vollzeitarbeitsplätze, jetzt sind es nur noch 23 Millionen.“

Unbestritten sei auch, dass der Niedriglohnbereich längerfristig ausgebaut worden sei, und es könne auch niemand leugnen, dass die Löhne nicht gestiegen seien, stellt Bartsch fest. „Wenn man sich die Einkommensentwicklung in Deutschland ansieht, dann hat das unterste Zehntel in den letzten zehn Jahren 9,6 Prozent verloren und das oberste Zehntel 15,6 Prozent dazugewonnen.“ Verantwortlich macht Bartsch dafür den Niedriglohnsektor, der den Druck auf die Stammebelegschaften erhöht habe. Viele Menschen seien in schwierige Situationen gekommen, weil jede Arbeit zumutbar ist,

Seit 2005 steigen alle Erwerbsquoten an, die Jugendarbeitslosigkeit hat sich auf 8 Prozent halbiert.

Michael Hüther

was auch die Gewerkschaften geschwächt habe. Nach seiner Meinung ist die Bilanz der Agenda 2010 letztlich negativ.

»Die Löhne steigen doch«

Hüther widerspricht der Einschätzung des Bundestagsabgeordneten. Er gibt zu bedenken, dass in der deutschen Industrie durchweg Reallohnsteigerungen zu verzeichnen waren. Und der Niedriglohnsektor sei mit einem Anteil von gut einem Fünftel im internationalen Vergleich eher unauffällig, ergänzt der IW-Direktor.

Bartsch weist in diesem Zusammenhang auf ein weiteres Thema hin, das der Altersarmut. Die Hartz-IV-Reformen hätten dieser Entwicklung den Boden bereitet,

denn im Bereich der niedrigen Löhne entstünden faktisch keine Rentenansprüche, meint der Politiker. Hier sei die Gesellschaft zur Solidarität verpflichtet.

Auch Hüther sieht das Problem der Altersarmut. „Aber was ist die relevante Alternative für diese Menschen?“, fragt der Ökonom. Wer arbeitslos bleibe, hätte anschließend auch keine Rente, die oberhalb der sozialen Grundsicherungsschwelle läge.

»In den Kommunen ist genügend Arbeit«

Der IW-Direktor möchte das Problem deshalb schon im Ansatz bekämpfen, indem mehr in Bildung investiert wird, um so den Menschen ein auskömmliches Einkommen und am Ende eine anständige Rente zu sichern.

Bartsch stimmt dem zu, will allerdings auch etwas für jene Menschen tun, die jetzt in Schwierigkeiten stecken. Er möchte die Arbeitsmarktpolitik wieder hochfahren. „Man muss sich nur die Kommunen angucken, da ist genügend Arbeit, und wir müssen dazu einen Zugang finden.“ Bartsch: „Was die öffentlichen Haushalte betrifft, bin ich der Auffassung, dass unsere derzeitige Einnahmepolitik falsch ist. Wir müssen dringend mehr Einnahmen generieren. Und ich meine, dass bei den riesigen Vermögen, die wir in Deutschland haben, etwas abgeholt werden muss.“

Der Abgeordnete macht geltend, dass in Deutschland beides gestiegen sei – die Geldvermögen und die Anzahl der Menschen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind. „Ich will nicht behaupten, dass es da einen Kausalzusammenhang gibt. Aber wenn es so ist, dann ist eine starke Solidargemeinschaft gefordert und deswegen heißt es, im wahrsten Sinne des Wortes ‚steuernd‘ einzugreifen.“

IW-Chef Hüther dagegen will von einer Unterfinanzierung des Staates nichts

wissen und verweist zum einen auf den historischen Höchststand der Steuereinnahmen. Er sieht den Spielraum vielmehr auf der Ausgabenseite. Denn: „Ich habe historisch begründet kein Zutrauen darin, dass der Steuerstaat, sobald er mehr Mittel hat, diese wirklich effizient verwendet.“ Schon deshalb lehnt der Ökonom eine Vermögenssteuer ab.

Außerdem treffe sie in einem hohen Maß Personenunternehmen, weil Betriebs- und Privatvermögen nicht einfach zu trennen seien, betont Hüther. Man habe dann ganz schnell Handwerksbetriebe in der Vermögens- oder in der Substanzbesteuerung. „Und dagegen sträubt sich bei mir alles.“

Der IW-Direktor teilt zwar die Argumentation von Bartsch, dass eine solche Steuer Vermögensmilliardären nicht wehtue, und fände eine stärkere Besteuerung dieser Gruppe auch völlig in Ordnung. „Aber die Frage ist doch, wie kriege ich das organisiert?“

Bartsch will die Reichen aber auch an anderer Stelle zur Kasse bitten. „Eine höhere Erbschaftssteuer bei ordentlichen Freibeträgen finde ich ebenfalls gerecht.“ Den Einwand von Hüther, dass man bei der Erbschaftssteuer ebenfalls Betriebe und Arbeitsplätze gefährde, lässt er nicht gelten. Man könne Geld- und Immobilienvermögen durchaus vom Betriebsvermögen abgrenzen.

Mit seinen Vorstößen will der Politiker vermeiden, dass nach der Bundestagswahl wieder die Verbrauchssteuern erhöht werden. Denn eines sei für ihn klar, „nach der Wahl kommen wir wegen der Euro-Rettung in schwere Gewässer, das ist meine feste Überzeugung als Haushälter.“ Und die Politik sei immer ganz schnell bei einer Mehrwertsteuererhöhung, weil das scheinbar keinem wehtue.

Bartsch ist durchaus bei Hüther, wenn er feststellt, dass eine Vermögenssteuer so konzipiert sein muss, dass der Handwerker in Greifswald kein Existenzproblem

bekommt. Deswegen könne man darüber nachdenken, eine einmalige Vermögensabgabe zu beschließen und festzulegen, dieses Geld für die Bildung einzusetzen.

»Wir brauchen eine Auffanglinie nach unten«

„Wir brauchen“, so Bartsch, „eine Auffanglinie nach unten, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.“ Die LINKE fordere 10 Euro je Stunde, das entspräche dem Existenzminimum.

Allerdings lässt Bartsch auch mit sich reden. „Wenn es wirklich im Bundestag einen Mindestlohn von 8,50 Euro geben würde, würde ich dem erst mal zustimmen.“ Auch sei es enorm wichtig, dass man die Regelung so gestalte, dass sie

Wenn es im Bundestag einen Mindestlohn von 8,50 Euro geben würde, würde ich zustimmen.

Dietmar Bartsch

nicht dazu führt, dass von einem Tag auf den anderen „wirklich einige Unternehmen krachen gehen“. Man brauche Übergangsregelungen für kleinere Betriebe. Hüther sieht den Mindestlohn kritischer. „Staatliche Lohnuntergrenzen passen nicht in unser System der Tarifautonomie.“ Und wenn die LINKE fordere, der Mindestlohn müsse das Existenzminimum absichern, dann komme man bei einem Vier-Personen-Haushalt relativ schnell auf einen Stundenlohn von 12 Euro. „Ich müsste also noch familien-spezifische Mindestlöhne organisieren.“ Bartsch will sich auf diese Diskussion nicht einlassen, da er es nicht akzeptiert, dass Leute für die berühmten 3,80 Euro die Stunde arbeiten und dann noch als Aufstocker zur Arbeitsagentur gehen müssen. Die Frage, ob ein Mindestlohn kommt, hält er ohnehin politisch für „erledigt“. Wenn es eine geheime Abstimmung gä-



© 2013 IW Köln. Foto: IW Köln

be, oder auch eine namentliche, würde es heute im Parlament eine riesige Mehrheit für den Mindestlohn geben. „Die Höhe ist eine andere Frage, aber das ist auch keine Aufgabe, die zuallererst in der Politik zu regeln ist.“

Auch das Argument, andere Länder seien in Sachen Mindestlohn längst viel weiter, will Hüther nicht gelten lassen. „Gerade der Blick nach Frankreich mit seinen hohen Mindestlöhnen sollte uns abschrecken, denn dort ist die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren von 17 auf 23 Prozent angestiegen.“ Man müsse einfach die Gefährdungspotenziale sehen und könne aus den jetzigen Befunden nicht einfach ableiten, dass ein allgemein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in entsprechender Höhe keine Wirkung hätte. „Dafür würde ich die Hand nicht heben wollen.“

Die Langfassung des Interviews sowie weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.iwkoeln.de

Das Thema „Agenda 2010 – Fluch oder Segen?“ behandeln auch die Berliner Gespräche des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln am 7. März 2013 in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund. Weitere Informationen unter: www.iwkoeln.de Presse/Veranstaltungen